



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beilagen 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 602. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 24. Dezember 1861.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Toulon, 23. Dez. Es ist hier der Befehl eingetroffen, alle Seelente aus der Klasse 1854 zu verabschieden. Diese Maßregel hat große Sensation erregt.

Windsor, 23. Dez. Die Leichenfeier bei der Beisetzung des Prinzen-Gemahls hat einen tiefen Eindruck gemacht. Der Prinz von Wales zeigte während derselben große Seelenstärke, Prinz Arthur weinte heftig, der Kronprinz von Preußen war sehr bewegt. Der Herzog von Cambridge und Lord Palmerston waren nicht anwesend. In der ganzen Stadt herrscht tiefe Trauer.

Turin, 21. Dez. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wird ein Schreiben Katakzi's verlesen, durch welches derselbe der Kammer seinen Dank für ihr vorgestelltes Votum ausspricht und sein Entlassungsgeheiß als Präsident der Kammer zurücknimmt. — Hierauf macht der Finanzminister Bologni seine Finanzvorlage und fest derselbe zuvörderst die von ihm zur Hebung des Staats-Credits ergriffenen Maßregeln auseinander. Das Deficit im ordentlichen Budget für 1861 betrug 400 Millionen Francs, das Deficit für 1862 wird auf 317 Millionen berechnet. Davon 35 Millionen für Veräußerung neapolitanischer Rente, 28 Mill. für Veräußerung sicilischer Rente und 500 Mill. als Betrag der letzten Anleihe abgezogen, veranschlagt der Minister das für 1862 ungedeckt verbleibende Deficit auf 159 Millionen. Dieses Deficit gebent der Minister bis zum Betrage von 139 Millionen durch neue Steuern zu decken und zwar durch eine Einkommensteuer zum Betrage von 50 Millionen, eine Steuer auf Salz und Tabak zum Betrage von 5 Millionen, ähnliche kleinere Steuern zum Betrage von 5 Millionen, eine Steuer von den Eisenbahnen zum Betrage von 4 Millionen, eine Landgüter-Steuer zum Betrage von 25 Millionen, eine Getränke-Steuer zum Betrage von 20 Millionen und eine Steuer vom beweglichen Eigentum zum Betrage von 30 Millionen. Der dann noch verbleibende Rest des Deficits soll durch Ausgabe von Schatz-Scheinen gedeckt werden, von denen zur Zeit nur für 36 Mill. Frs. in Umlauf sind. — Der Minister weist darauf hin, daß Frankreich sich im Jahre 1830 in einer viel ungünstigeren Finanzlage befand. Italien besitze bedeutende noch unausgebeutete Silbquellen, Staats-Domänen zum Werthe von 500 Mill. Frs., Eisenbahnen und andere Reichthümer. Der Minister fordert zur Bewilligung der von ihm beantragten Abgaben auf, die vollständig den Staatskredit wieder herstellen würden, welchen die Gegner Italiens zu erschüttern bemüht seien. Dieser Vortrag des Finanzministers wird mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Turin, 21. Dez. In einer heute Abend stattgehabten außerordentlichen Sitzung der Deputirtenkammer ist das Budget mit 202 gegen 39 Stimmen provisorisch billigt worden. Die Finanzvorlage Bologni's hat einen sehr günstigen Eindruck gemacht.

London, 22. Dez. Die Correspondenz zwischen dem Gesandten Dayton und dem Minister Seward ist veröffentlicht; Hr. Dayton berichtet, daß Herr v. Schouvenel und Carl Russell amtllich zugegeben haben, es bestehe ein Einverständnis zwischen England und Frankreich, hinsichtlich der amerikanischen Angelegenheiten in Uebereinstimmung zu handeln. Der „Newport-Herald“ behauptet, nach der Ansicht von englischen Rechtsgelehrten, beurkundet durch eine Correspondenz zwischen Adams und der englischen Regierung, werde die Trent-Angelegenheit offen und bestimmt zu Gunsten der Bundesregierung entschieden. Selbst eine Beschlagnahme des Dampfers in den britischen Gewässern würde sich haben rechtfertigen lassen. Der „Herald“ meint, die britische Regierung könne in der Handlung des Kapitäns Willems keinen Vorwand zu Handeln finden; England habe zu viele Interessen im Spiele, als daß es einen Bruch mit den Vereinigten Staaten wagen sollte. Eine halbe Million Bewaffneter könnten Canada in zwei Tagen auf der Eisenbahn erreichen, und die Gränze Canadas könne keinen Widerstand gegen einen Einfall bieten. England werde sich daher wohl nicht beilen, sich in weitere Handel mit Amerika zu verwickeln.

Paris, 22. Dez. In der gestrigen Sitzung des Senats wurde in Folge der Rede des Finanzministers Fould der Senatsbeschluß mit 132 gegen eine Stimme angenommen.

Preußen.

Berlin, 23. Dez. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Den geheimen Medizinal- und vortragenden Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Dr. Fousfelle, zum Geheimen Ober-Medizinal-Rath zu ernennen.

An Stelle der verstorbenen diesseitigen Vice-Konsuln S. Wake in Goole und C. H. Stonehouse in Newport sind die dortigen Kaufleute W. Wake und R. W. Stonehouse zu Vice-Konsuln dafelbst bestellt worden. Die Diätarien Friedr. Ferd. Benske, Karl Herm. von Fromberg, Joh. Franz Alb. Hüner sind, ersterer zum Geheimen Registrator, letztere zu Geheimen Kanzlei-Secretären ernannt worden.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem ersten Ceremonienmeister, mit der Einführung der Gesandtschaften beauftragt, Kammerherren von Roder, die Erlaubnis zur Anlegung der ihm verliehenen Orden, und zwar: des kaiserlich russischen St. Stanislaus-Ordens zweiter Klasse mit dem Stern, des Commandeur-Kreuzes: des kaiserlich österreichischen Leopoldordens, des kaiserlich französischen Ordens der Ehrenlegion, des königlich niederländischen Ordens der Eidenkrone, des königlich belgischen Leopoldordens, so wie des Commandeur-Kreuzes zweiter Klasse des königlich hannoverschen Guelphenordens und des Groß-Komthur-Kreuzes des königlich bairischen Verdienstordens vom heiligen Michael mit dem Stern; desgleichen: dem Kammerherren von Brauchitsch die Erlaubnis zur Anlegung des ihm verliehenen Commandeur-Kreuzes des königlich portugiesischen Thurm- und Schwertordens zu ertheilen.

[Beschreibung der Kassen-Anweisungen vom 13. Febr. 1861.] Diese Kassen-Anweisungen sind etwas kleiner als die von 1856 und auf weißem Hanfpapier gedruckt, welches auf der Rückseite einen feingemusterten Unterdruck in hellbrauner Farbe zeigt.

Auf der Vorderseite sind sie mit Randeinschnitten in grauer Farbe versehen, welche in kleine, die Zeichen I. T. H. L. R. enthaltende Vierecke getheilt sind. Die linke Einschnitthälfte enthält die Bezeichnung: Königlich, die obere: Preuss. Kassen und die rechte Anweisung in großen lateinischen Buchstaben. Auf der unteren Einschnitthälfte dreimal wiederholt die Strafandrohung gegen die Nachahmung der Kassen-Anweisungen, wie sie auf den Kassen-Anweisungen von 1856 vorhanden ist, in schwarzer Farbe.

Innerhalb der Randeinschnitten ist dieselbe Strafandrohung in verschiedenen abwechselnden Farben abgedruckt; aus dem dadurch hergestellten Muster treten rechts und links in graublauer Farbe die römischen Zahlen I. hervor.

In diesem Unterdruck steht in violetter Farbe das königliche Wappen rechts und links von demselben auf dem Unterdruck die Serien- und Folienzahl und die Littera und Nummer in rothbrauner Farbe, darunter in schwarzen Farben

Ein Thaler Kassen-Anweisung

vollgültig in allen Zahlungen.

Berlin, den 13. Februar 1861.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Garnet, Guenther, Loewe.

Die auf den Kassen-Anweisungen von 1856 vorhandenen Blumen- und Fruchtgehänge sind weggeblieben.

Auf der Rückseite befinden sich ohne Randeinschnitthälfte dieselben Verzierung in schwarzer Farbe, wie auf den Kassen-Anweisungen von 1856, nämlich zwei Knaben, von welchen der linksitzende, den Landbau darstellend, einen Korb mit Früchten, der rechtsitzende, den Handel darstellend, einen Waarenballen auf dem Kopfe trägt. Beide stehen auf einer gemauerten Leiste, auf welcher sich links die Bezeichnung: Billet du tresor prussien. rechts Prussian treasury Bill und in der Mitte neben dem Worte ausgefertigt die Namens-Unterschrift der Ausfertigungs-Beamteten befindet.

Zwischen den beiden Knaben und über der eben erwähnten Leiste befindet sich die auf den Kassen-Anweisungen von 1856 vorhandene Verzierung, bestehend aus Reichsapfel, Scepter und Schwert, so wie aus Palmen und Lorbeerzweigen, welche von einem Bande mit der Inschrift Gott mit uns umschlungen sind.

Auf dieser Verzierung steht die Werthbezeichnung Ein Thaler Courant in großen lateinischen Buchstaben.

Links und rechts unter der Verzierung befinden sich in Relief-Manier und in gelbbrauner Farbe zwei Minervaköpfe, deren Gesichter einander zugewendet sind.

Berlin, den 10. Dezember 1861.

Königliche Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

von Bedell. Garnet. Löwe. Meinede.

Pl. Berlin, 23. Dez. [Begrüßungsfeier für den Prinzen Albert. — Ministerberatungen. — Die Militärfrage. — Persische Ausstellung.] Heute Morgen um 11 Uhr zur Zeit der Beisetzung des verewigten Prinzen-Gemahls von Großbritannien fand hier in der englischen Kapelle ein Trauergottesdienst statt. In dem schwarz drapirten Gotteshause fanden sich zur Theilnahme an der Feier Se. Maj. der König, sämtliche königliche Prinzen, die Minister und viele hohe Militärs, sowie das gesammte diplomatische Corps ein; der Geistliche der hiesigen englischen Gemeinde, deren Mitglieder zahlreich erschienen waren. Pred. Wilson verrichtete die Andacht, nach deren Beendigung die Majestäten Ihrer k. H. der Frau Kronprinzessin einen Besuch in ihrem Palais abstatteten. Der Kronprinz wird bis nach Neujahr am Hofe der Königin Victoria verweilen. — Der gesammte k. Hof versammelt sich zur Christbescherung morgen Abend im Palais Sr. k. H. des Prinzen Karl. — Bis zur Feststellung der Thronrede sind die Conseilberatungen von Sr. Maj. dem Könige vertagt und es finden nimmehr nur die gewöhnlichen Gesammtberatungen des Ministeriums statt, welches sich jetzt vielfach mit den das Budget betreffenden Fragen beschäftigt. Die gesammten Mehrforderungen werden durch besondere Denkschriften motivirt und in einzelnen Fällen, namentlich in der Militärfrage soll das gedruckte Wort durch das Gesprochene bei der Einbringung der betreffenden Vorlage ergänzt werden; in letzterer Beziehung namentlich bei dem Militär-Etat wird der Staatsminister v. Auerwald — in Abwesenheit des Ministerpräsidenten — für die Regierung plaidiren. — Seit einigen Tagen ist in einem Saale des Gewerbe-Instituts die Ausstellung der Sammlung von Gegenständen persischer Kunst und Industrie eröffnet worden, welche die erste deutsche Legation nach Teheran von dort hierher gebracht hat. Es ist eine überaus reichhaltige, 600 Nummern zählende, Sammlung, welche sich lediglich an praktische Erzeugnisse gehalten und sogenannte Curiosa vermieden hat. — Die Ausstellung findet namentlich von Seiten unserer Geschäftsleute eine sehr rege Theilnahme. Ihr eigentlicher Veranstalter, der Dr. Feinrich Bruggs, welcher nach dem unglücklichen Ende des Gesandten v. Minutoli an der Spitze der Legation stand, hat vor Kurzem vor den Schülern und Lehrern des Gewerbe-Instituts, so wie vor den Räten des Handelsministeriums einen Vortrag über persische Industrie gehalten. Der Handelsminister wird die Ausstellung in den nächsten Tagen besuchen; der Besuch des Königs und des Hofes ist in Aussicht gestellt worden.

Berlin, 23. Dezbr. [Vom Hofe.] Se. Maj. der König fuhr heute um 11 Uhr in die Englische Kapelle im Monbijou-Palais, um mit Ihrer Majestät der Königin, sämtlichen anwesenden königl. Prinzen, den Ministern, dem diplomatischen Corps u. dem Trauergottesdienst für Se. königl. Hoh. den Prinz-Gemahl von Großbritannien beizuwohnen. Hierauf besuchten Ihre Majestäten Ihre k. H. die Frau Kronprinzessin in Höchsteren Palais. Um 11 Uhr empfing Se. Maj. den Kriegsminister, so wie den Geheimen Kabinetstath Wirklichen Geheimen Rath Maire zu Vorträgen. — Heute um 1 Uhr fand im Hotel des Staatsministeriums eine Staatsministerial-Sitzung statt.

Berlin, 23. Dez. [Berichtigung.] Die „Stern-Z.“ schreibt: „Die Nr. 299 des „Publicisten“ bringt die Nachricht, daß die drei neu angefertigten Königsfahnen auf dem k. Schlosse und dem k. Palais in Berlin, so wie auf dem Schlosse Babelsberg 9000 Thlr. gekostet haben und auf den Etat des Kriegs-Ministeriums übernommen werden sollen. Daß diese Nachricht falsch ist, sieht Jeder, der die betreffenden Sachverhältnisse kennt, sofort; sie ist aber offenbar, wie so viele andere halb wahre oder geradezu erfundene Notizen dieser Art, darauf berechnet, Unkundige zu täuschen. Um dem vorzubeugen, sind wir autorisirt, ausdrücklich zu erklären, daß die Beschaffung und Bezahlung einer Fahnen dem Kriegs-Ministerium völlig fremd ist und daß niemals daran gedacht worden ist, die bezüglichen Kosten auf den Etat dieses Ministeriums zu bringen oder zu übernehmen, wenngleich diese Kosten kaum 900 und nicht 9000 Thlr. betragen mögen. Ist es dem „Publicisten“ darum zu thun, seine Leser vor Unwahrheiten zu schützen, so läßt sich erwarten, daß er diese Berichtigung in seine Spalten aufnehmen wird. Eben so unrichtig ist die an derselben Stelle mitgetheilte Nachricht von einem am 24. k. M. n. J., als am 150jährigen Jahrestage der Geburt Friedrichs des Großen, beabsichtigten feierlichen militärischen Akt, wiewohl der „Publicist“ an der Entstehung dieser bereits in einigen anderen Blättern producirten Fabel unschuldig zu sein scheint.“

Deutschland.

Frankfurt a. M., 21. Dezbr. [Vom Bundestag.] Der offizielle Bericht über die vorgestrichene Bundestags-Sitzung lautet: Bei Beginn der Sitzung wurde durch das Präsidium das eingegangene Schreiben des königl. großbritannischen Geschäftsträgers, Herrn Hamilton, zur Vorlage gebracht, in welchem derselbe erhaltenem Auftrage gemäß der Bundesversammlung, vorbehaltplich der offiziellen Notification, vorläufige Anzeige von dem am 14. Dezember erfolgten Hinscheiden Sr. königl. Hohheit des Prinzen Albert, Gemahls Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien, macht. Königreich Sachsen erklärte, im Anlaß des in der Sitzung vom 25. Juli d. J. gefassten Beschlusses, welcher die Verfassung einer Kommission zur Umwandlung des gothar Vertrags wegen der Auszuweisenden und seiner Nachträge, in einen Bundesbeschlusse in Aussicht nimmt, die Bereitwilligkeit, zu dem fraglichen Zwecke mitzuwirken. Für Kurhessen wurde in Erwiderung auf die von den Regierungen von Preußen, Baden, Sachsen-Weimar und Neuch. J. L. über die Erklärung der kurfürstlichen Regierung in der kurfürstlichen Verfassungsangelegenheit vom 14. v. M. in das Protokoll der Sitzung

vom 5. d. M. niedergelegten vermahrenden Erklärungen eine weitere Erklärung abgegeben, welche insbesondere gegen die seitens der gedachten Regierungen, namentlich seitens derer von Preußen und Baden, der Erklärung vom 14. v. M. gegebene Deutung, als sei dort die Verschuldung der gegenwärtigen Zustände in Kurhessen diesen Regierungen zugeschoben oder sei davon geredet worden, daß der Widerstand gegen die jetzige Verfassung, sowie überhaupt die Haltung der Bevölkerung des Kurfürstenthums lediglich Folge der Schritte gewisser Regierungen sei, gerichtet ist. Die kurfürstliche Regierung erklärt ihre frühere Erklärung näher dahin, daß sie dort nur eine Thatsache habe konstatiren wollen, welche eben so offen am Tage liege, als in der Natur der Sache begründet zu sein scheint: daß nämlich der Glaube an eine Aufrechterhaltung der jetzigen Ordnung durch die Stütze, welche die Opposition in der Haltung einiger hoher Regierungen Deutschlands finden zu dürfen glaubte, schwankend geworden sei; hieran sei als sich daraus ergebend die weitere Behauptung geknüpft, daß der bisherige Widerstand ohne die Stellung jener Regierungen zu der fraglichen Angelegenheit nicht zu seiner jetzigen Ausdehnung hätte gelangen können, wie er sich denn auch als unhaltbar herausstellen werde, sobald er der bisherigen Stütze beraubt sein würde. Die kurfürstliche Regierung hebt für diese ihre Behauptung hervor, daß insbesondere die Haltung der königlich preussischen Regierung durch die Ertheilung von ihrer veränderten Ansicht entprechenden Rathschlägen die von einer Partei angeregten Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Bundesbeschlüsse, bei denen eben diese Regierung vorwiegend mitgewirkt hätte, habe steigern und bekräftigen und vermöge der politischen Machtstellung dieser Regierung in den Augen eines Theiles der Bevölkerung einen schließlichen Erfolg habe verbürgen müssen: dieser Einfluß liege in der Natur der Sache und könne die kurfürstliche Regierung daher nicht ihre fragliche und in ihrer früheren Erklärung ausgesprochene Ansicht ermäßigen, wie dieselbe auch aus unmittelbarer Beobachtung die Ueberzeugung geschöpft und ausgesprochen habe, es werde ohne jenen Einfluß der hohen Regierungen der Widerstand fernerhin unhaltbar werden, sobald die Angelegenheit des Landes allseitig als eine innere betrachtet und ungeführt der Regierung des Landes zur Ausgleichung überlassen werde. Schließlich wird von der kurfürstlichen Regierung noch hervorgehoben, daß sie, gestützt auf ihre genauere Kenntniß von den Zuständen oder der Stimmung ihres Landes, die Möglichkeit nicht ausgeschlossen finde, die Verfassungsverhältnisse des Landes, wenn auch nicht in starrer Festhaltung an den Beschlüssen des Bundes, aber doch in vollem Einklang mit ihnen zu ordnen, wie sie auch erklärt, ihrem Lande gegenüber fortwährend zu billiger Ausgleichung bereit gewesen zu sein. Obenbure ließ die erfolgte Einzahlung des jährlichen Beitrags zum Verein für Deutschlands ältere Geschichtskunde in die Bundeskasse anzeigen. Ueber mehrere Festungs-Angelegenheiten wurde Vortrag erlassen und in Gemäßheit der Anträge des Ausschusses sofort Beschluß gefaßt. Auch wurde über ein in einer früheren Sitzung erstattetes Ausschugutachten, das Unterstüßungsgeld eines Bundesbediensteten betreffend, abgestimmt und die vom Ausschusse beantragte Unterstüßung gewährt. Endlich wurde die in Gemäßheit der Exekutions-Ordnung alle sechs Monate zu erneuernde Wahl der Exekutions-Kommission vorgenommen.

München, 20. Dez. [Prof. Wagner t.] Unsere Hochschule hat einen schweren Verlust erlitten: Dr. Andreas Wagner, der vor einigen Tagen von einem Schlaganfall betroffen wurde, ist, dem „N. C.“ zufolge, heute Morgen gestorben. Der Verlebte war ordentlicher Professor der Zoologie und Paläologie.

Kassel, 19. Dezbr. [Agitationen für Ergebnheits-Adressen. — Amtliche Berichtigung.] Die „Hessische Morgen-Zeitung“ berichtet: „Die Nachrichten aus dem Kreise Homberg bestätigen, daß dort mit den größten Anstrengungen Unterschriften zu einer Ergebnheitsadresse gesammelt werden. In Remsdorf haben am 14. d. M. der Pfarrer Wachsmuth und der Bürgermeister Hellwig eine solche Adresse ins Werk gesetzt, jedoch nur zwölf Unterschriften dafür gewonnen. Die Herren könnten sicher sein, Haus bei Haus Unterschriften zu der Adresse, in welcher die Treue an den Landesherren versichert wird, zu finden, wofern nur darin von der Anhänglichkeit an die „Verfassung“ von 1860 Abstand genommen würde. Das Selbstmiste bei diesen Adressen ist jedenfalls der Umstand, daß darin die Behauptung von einer revolutionären Entstehung der Verfassung von 1831 enthalten ist, während doch die Vorgänge im Jahre 1830 so klar wie nur möglich das Gegentheil beweisen.“ — „Der in der heutigen Nummer 732 der „Hessischen Morgenzeitung“ enthaltene Artikel über die Wahl eines Abgeordneten für den Landwahlbezirk Kassel enthält das unwahre Vorbringen, daß der unterzeichnete Wahlcommissar der Verammlung vor der Wahl eröffnet habe: „nach einem Beschlusse des Ministeriums des Innern“ sei der frühere Abgeordnete, Bürgermeister Bernhardt, wegen der über denselben verhängten Amtsaususpension weder zur aktiven noch passiven Wahl berechtigt. Nachdem von den Mitgliedern der Wahlcommission unter sich über die Berechtigung u. Bernhardt's zur Theilnahme an der Wahl, beziehungsweise dessen Ausschließung von derselben in Folge seiner Amtsaususpension verhandelt war, die Majorität derselben jedoch für die aktive und passive Wahlsfähigkeit Bernhardt's sich ausgesprochen hatte, hat der unterzeichnete Wahlcommissar der Verammlung diesen Beschluß der Commission eröffnet. Kassel, den 17. Dezember 1861. Bernstein, Polizeidirektor, als Wahlcommissar.“ Die „Hessische Morgenzeitung“ bemerkt hierzu: „Der Ministerialbeschlusse vom 14. November d. J., Nr. 8682, ist demnach bloß vom Ortsvorstand von Nieße bei der Wahlmannswahl vorgebracht.“

Kassel, 22. Dez. [Wahlen. — Zur Verfassungsfrage.] Von den bis jetzt vollzogenen 22 Wahlen zur zweiten Kammer sind 19 auf entschiedene Anhänger des alten Verfassungsrechts gefallen, 2 auf Regierungs-Candidaten und 1 auf einen seiner politischen Richtung nach nicht näher bekannten Mann. Die Wahl der 16 Abgeordneten des größeren Grundbesitzes findet morgen in Marburg statt und wird zuverlässig jenen 19 weitere 16 treue Freunde der Verfassung von 1831 zuführen. Von den dann noch zurückstehenden 10 Wahlen wird wahrscheinlich der Regierung keine einzige zufallen, so daß diese auf höchstens 3 Stimmen von 48 in der zweiten Kammer rechnen kann. Sie scheint dies auch jetzt selbst einzusehen. Ein augenscheinlich unter ministerieller Inspiration geschriebener Artikel der „Kasseler Zeitung“ spricht von der zu erwartenden Incompetenz-Erklärung, der Kammer-Auflösung u. s. w. in der unbefangenen Weise, die Fortführung des bisherigen Zustandes wird als selbstverständlich behandelt, und über die allgemeine Stimme des Volks, die Rechtsauffassung des Landes mit einem solchen frivolen Hohn, mit solcher Mißachtung gesprochen, daß man sich eine schlechtere Bertheidigung der Sache der Regierung nicht wohl denken kann. Welchen Eindruck muß es machen, wenn ein Blatt, von dem es ein öffentliches Geheimniß ist, daß es in den nächsten Beziehungen zum Ministerium steht, das Rechtsbewußtsein des ganzen Volks als keinerlei Beachtung werth hinstellt, die Regierung in den geraden Gegensatz zum Volke bringt, wenn es öffentlich ausspricht, daß die Regierung den jetzigen Zustand getrost beibehalten könne, wenn das Land ihn zu ertragen vermöge u. s. w. Dabei wird sich höchst verheßen, die beschiedenen Zustände als „unhaltbar“ zu bezeichnen. Man sollte denken, der Bundestag müßte sich endlich von der Unhaltbarkeit des dermaligen Zustandes, von der völligen Resultatlosigkeit

